

# Vorgestellt

## Publikationen aus dem WZB

### Ansteckungsgefahr von rechts? **Tarik Abou-Chadi, Werner Krause**

Radikale rechte Parteien verzeichnen in Europa wachsende Wahlerfolge. Wie reagieren etablierte Parteien darauf? Passen sie ihre politischen Positionen an und wenn ja, wie? Die Autoren untersuchen das am Beispiel der Einwanderungspolitik. Mithilfe eines neuen Forschungsdesigns vergleichen sie die Positionen der etablierten Parteien zur Einwanderung – in Abhängigkeit davon, ob rechte Parteien im Parlament vertreten sind oder nicht. In der Tat macht das einen Unterschied. Dort, wo rechte Parteien im Parlament sitzen, nehmen etablierte Parteien im Durchschnitt restriktivere Positionen bei der Zuwanderung ein. Die Ergebnisse widersprechen der Annahme, dass der jüngste Wandel der Einwanderungspolitik nur eine Antwort auf die Forderungen der Wählerschaft darstellt. Sie ist vielmehr eine strategische Entscheidung von politischen Parteien, die versuchen, ihren Stimmenanteil zu erhöhen und ihre Herausforderer und Herausforderinnen zu schwächen. **Tarik Abou-Chadi/Werner Krause: „The Causal Effect of Radical Right Success on Mainstream Parties’ Policy Positions: A Regression Discontinuity Approach“**. In: *British Journal of Political Science*, 2018. DOI: 10.1017/S0007123418000029.



Rechtspopulismus ganz groß: Matteo Salvini von der italienischen Lega Nord und die Französin Marine Le Pen vom Front National sind nur zwei von vielen europäischen Nationalisten, die sich in Mailand versammelt haben. Im Januar 2016 hielt die rechte Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ im Europaparlament dort ihren ersten internationalen Kongress ab. Welche Auswirkungen das Erstarren radikal rechter Parteien überall in Europa auf die Politik der anderen Parteien haben, untersuchen Tarik Abou-Chadi und Werner Krause. [Foto: Antonio Calanni, picture alliance/AP Photo]

### Warum der Islam abgelehnt wird **Marc Helbling, Richard Traunmüller**

Wie Bürger und Bürgerinnen in westlichen Demokratien Muslime wahrnehmen, hat große Auswirkungen auf das gesellschaftliche Miteinander. Die beiden Autoren haben Daten aus einer Onlineumfrage analysiert, um herauszufinden, ob „Islamophobie“, also die Ablehnung des Islam, eher auf dem ethnischen Hintergrund, der Religionszugehörigkeit oder der Religiosität der Muslime basiert. Die Ergebnisse zeigen, dass Muslime nicht per se stärker als Christen abgelehnt werden. Fundamentalistische Formen der Religionsausübung im Islam (und auch im Christentum) werden aber sehr kritisch betrachtet – und dies vor allem von politisch links stehenden und liberalen Bürgerinnen und Bürgern, die der Einwanderung eigentlich eher positiv gegenüberstehen. Die simple Dichotomie, dass Linke und Liberale Immigration unterstützen, konservative und rechte Kritiker aber eher nicht, lässt sich also nicht halten. **Marc Helbling/Richard Traunmüller: „What Is Islamophobia? Disentangling Citizens’ Feelings Toward Ethnicity, Religion and Religiosity Using a Survey Experiment“**. In: *British Journal of Political Science*, 2018, S. 1–18. DOI: 10.1017/S0007123418000054.

## Soziale Kontakte und Diskriminierung **Alexandra Scacco, Shana**

**S. Warren** Wie können in einer gespaltenen Gesellschaft Vorurteile und Diskriminierung abgebaut werden? Welchen Einfluss haben dabei positive soziale Kontakte zwischen Mitgliedern verfeindeter Gruppen? Dazu haben die Autorinnen einen Feldversuch in Nigeria unternommen. Vier Monate lang nahmen christliche und muslimische junge Männer gemeinsam an einer unentgeltlichen Computerschulung teil. Verglichen wurde diese Erfahrung mit der von jungen Männern, die in ihrer eigenen Gruppe blieben. Das Ergebnis: Die gemeinsame Bildungserfahrung half, diskriminierendes Verhalten abzubauen – die gegenseitigen Vorurteile blieben jedoch bestehen. Die Studie bietet wichtige Erkenntnisse für politische Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen, die sich mit Interventionen zur Friedens- und Jugendförderung in Konfliktregionen befassen. **Alexandra Scacco/Shana S. Warren: „Can Social Contact Reduce Prejudice and Discrimination? Evidence from a Field Experiment in Nigeria“.** In: *American Political Science Review*, 2018, Jg. 112, Heft 3, S. 654–677.

## Familie hilft **Giulia Tattarini, Raffaele Grotti, Stefani Scherer**

Dass es auch auf die Gesundheit schlägt, wenn jemand arbeitslos wird, ist bekannt. Dass die Familie die negativen Auswirkungen eines Jobverlusts abfedern kann, ist ebenfalls unstrittig. Erstmals untersucht diese Studie, wie die familiäre Unterstützung auf emotionaler und auf finanzieller Ebene konkret wirkt – und welche Rolle die sozialstaatlichen Rahmenbedingungen dabei spielen. Der Vergleich von Daten aus 24 europäischen Ländern ergibt: Die Rolle der Familie kommt besonders stark in süd- und osteuropäischen Ländern mit wenig ausgebautem Sozialstaat und eher traditionellen Familienbildern zum Tragen. **Giulia Tattarini/Raffaele Grotti/Stefani Scherer: „The Buffering Role of the Family in the Relationship between Job Loss and Self-perceived Health. Longitudinal Results from Europe, 2004–2011“.** In: *Health & Place*, 2018, Jg. 52, Juli, S. 55–61.

## Demokratie und Krise **Wolfgang Merkel, Sascha Kneip**

Das Buch, dessen Beiträgerinnen und Beiträger fast alle zur WZB-Abteilung Demokratie und Demokratisierung gehören, bietet auf Basis des Konzepts der embedded democracy einen umfassenden Überblick über das Thema „Demokratie und Krise“. Die Autorinnen und Autoren greifen unter anderem Themen wie Kapitalismus und Demokratie auf, sie beschreiben, wie sich das Wahlverhalten verändert hat und welche Rolle Verfassungsgerichte in krisenhaften Zeiten spielen. Sie analysieren die Rolle von Globalisierung und Deregulierung und zeigen, warum sich Herausforderungen für die Demokratie in Krisenphänomene verwandelt haben. Existenzielle Krise nein, aber eine Erosion der Demokratie ist doch zu verzeichnen, heißt es im Schlusswort von Wolfgang Merkel. **Wolfgang Merkel/Sascha Kneip (Hg.): Democracy and Crisis. Challenges in Turbulent Times.** Basel: Springer International Publishing 2018.

## Automatisierte Analyse politischer Sprache **Christian Rauh**

Die zunehmende digitale Verfügbarkeit politischer Kommunikation bietet neue Möglichkeiten zur systematischen Analyse gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse. Werkzeuge zur automatisierten Textverarbeitung sind aber häufig auf Marketinganwendungen oder auf den englischen Sprachraum begrenzt. Christian Rauh hat jetzt ein Wörterbuch entwickelt, mit dem sich Stimmung in deutscher politischer Sprache quantifizieren lässt. Die Befunde, entsprechend automatisierter Textanalysen, decken sich weitgehend mit der Einschätzung von Menschen, die positive und negative Konnotationen in Bundestagsreden, Parteiprogrammen (aus dem Manifesto-Projekt des WZB) und der Medienberichterstattung rund um den Rücktritt von Bundespräsident Wulff bewerten. Die Studie sowie das vorgestellte Wörterbuch sind als Open Access Ressourcen frei verfügbar. **Christian Rauh: „Validating a Sentiment Dictionary for German Political Language. A Workbench Note“.** In: *Journal of Information Technology & Politics*, 2018, online publiziert am 6. Juli 2018.

## Behindertenrechte: Ideal und Wirklichkeit **Anne Piezunka,**

**Cornelia Gresch, Michael Wrase** Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet und sich damit verpflichtet, das Bildungssystem inklusiv zu gestalten. Wie kann die Umsetzung dieser Verpflichtung beobachtet und gemessen werden? Der Autor und die Autorinnen zeigen, welche Anforderungen sich aus der Konvention für die einzelnen Schulen ergeben und wie die Umsetzung quantitativ und qualitativ untersucht werden kann. Während sich bisherige Monitoringinstrumente vor allem auf die Strukturebene beziehen, werden hier Möglichkeiten der empirischen Erhebung für verschiedene in der Konvention genannte Handlungsbereiche genannt: Bildungsziele, diskriminierungsfreier Zugang, inklusive Organisation, angemessene Vorkehrungen, sonderpädagogische Unterstützung, Erlernen lebenspraktischer Fähigkeiten und Ausbildung des Personals. **Anne Piezunka/Cornelia Gresch/Michael Wrase: „Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention. Möglichkeiten und Grenzen empirischer Studien für das Monitoring von Menschenrechten mit Blick auf die Einzelschulebene“.** In: *Zeitschrift für Inklusion*, 2018, Nr. 1. Online: <https://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/369> (Stand 25.07.2018).

Weitere Publikationen unter: [www.wzb.eu/de/publikationen](http://www.wzb.eu/de/publikationen)